

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 04.06.2007
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, dem 16. Mai 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:02 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2007 - öffentlicher Teil -**
Seite A 3

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2007 - öffentlicher Teil**
*198/2007**Seite A 3*

4. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
Seiten A 3 f

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
*250/2007**Seite A 4*

6. **Situation der Obdachlosen in Bergisch Gladbach**
*247/2007**Seiten A 4 ff*

7. **Bericht 2006 des Bedarfsermittlungsdienstes im Kundencenter Bergisch Gladbach**
197/2007 *Seite A 9*
 8. **Barrierefreies Wohnen in Bergisch Gladbach**
196/2007 *Seite A 10*
 9. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil** *Seiten A 10 ff*
-

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2007 - nichtöffentlicher Teil -** *Seite B 1*
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite B 1*
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters** *Seiten B 1 f*
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil** *Seiten B 2 f*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 10. Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und der Sozialausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Ausschussmitglieder haben sich entschuldigt:

- Frau Schreiber (Bündnis 90/Die Grünen) wird von Frau Scheerer vertreten.
- Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) wird von Frau Kreft vertreten.
- Von der Verwaltung sind Herr Dekker und Frau Leyendecker entschuldigt.

Zu TOP A 6 begrüßt sie Frau Becker vom Netzwerk Wohnungsnot und Herrn Schramm von der Kreispolizeibehörde, zu TOP A 7 Herrn Manderfeld, Frau Wilke und Herrn Lamberz.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2007 - öffentlicher Teil -

@->

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verweist zum „Jahresbericht Unterbringungssituation“ auf zwei nicht nutzbare Objekte. Herr Hastrich erklärt auf seine Anfrage, die Verhandlungen zur Kauler Str./Rosenhecke seien noch nicht abgeschlossen.

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.02.2007 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf folgende Tischvorlagen:

- Seniorenwegweiser 2006
- Flyer „Bergisch Gladbacher Tafel e. V.“
- Richtlinien zur Förderung von investiven Maßnahmen im Bestand in Nordrhein-

- Westfalen (zu TOP A 8)
- Wohnen ohne Barrieren – Komfort für alle (ebenfalls zu TOP A 8)

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Hastrich teilt mit, dass Frau Leyendecker mit Ablauf des 31.07.2007 aus den Diensten der Stadt Bergisch Gladbach ausscheidet. Ihre Nachfolge werde noch verwaltungsintern geklärt.

Herr Gerhards (FDP-Fraktion) verweist auf die beschlossene Neuregelung zum ehemaligen Löwenpass. Er meine sich an eine Auskunft der Verwaltung zu erinnern, wonach im Prinzip Wohngeldempfänger von den neuen Richtlinien begünstigt werden. Ihm sei nicht klar, ob Wohngeldempfänger mit höherem Einkommen, die nicht bedürftig nach SGB II und SGB XII sind, dennoch von den Richtlinien erreicht werden.

Dazu erklärt Herr Hastrich, solche Wohngeldempfänger gebe es. Wer über ein Haushaltseinkommen verfüge, das die Hilfebedürftigkeitsgrenzen im SGB II bzw. SGB XII übersteigt, habe keinen Anspruch auf Leistungen nach den Förderrichtlinien.

Die schriftliche Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

6 Situation der Obdachlosen in Bergisch Gladbach

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die interessante und beeindruckende Besichtigung der Unterkünfte. Sie sieht die Notwendigkeit einer Verbesserung des Wohnraums.

Frau Becker vom Netzwerk Wohnungsnot trägt zu diesem Punkt technikunterstützt vor. *(Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag.

Sodann trägt Herr Schramm von der Kreispolizeibehörde vor.

Herr Schnöring hält es für interessant, dass viele derer, die sich an den Treffpunkten aufhalten, nicht obdachlos im eigentlichen Sinne seien. Die Probleme dieses Personenkreises seien andere.

Während des angesprochenen Rundgangs seien nicht alle Obdachlosenunterkünfte besucht worden. Zwei der Unterkünfte würden sich in einem katastrophalen Zustand befinden.

Frau Münzer (CDU-Fraktion) ist davon beeindruckt, dass das Radwerk 12 Personen durch stundenweise Tätigkeiten eine Tagesstruktur biete.

Soweit ihr bekannt sei, stehe den Bewohnern der Obdachlosenunterkünfte in der Person Herrn Schumanns nur ein männlicher Ansprechpartner zur Verfügung. Frau Münzer möchte wissen, ob weiblichen Obdachlosen eine Ansprechpartnerin zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Frau Beckers Hinweise auf das „Forum Obdachlosigkeit“. Sie erinnert sich an Frau Beckers Vortrag zur Arbeitsaufnahme des Netzwer-

kes; sie habe gemerkt, wie viel Arbeit das Netzwerk erfordert.

Herr Bierganns (BfBB-Fraktion) erinnert daran, dass die Anlieger des Hoppersheider Busch eine Zeit lang von einer Anwältin vertreten wurden. Es sei darum gegangen, dass Süchtige ihre Spritzen wegwarfen und Kinder diese dann aufhoben.

Zur selben Zeit sei bekannt geworden, dass sich im „Olpener Modell“ Ärzte, Psychologen usw. um solche Leute kümmern würden; sie ständen ständig unter Beobachtung und würden untersucht.

Frau Becker beantwortet die gestellten Fragen zunächst dahingehend, jemand könne kein Einkommen haben, ohne einer Beschäftigung nachzugehen, Vermögen zu haben oder Arbeitslosengeld II zu beantragen. Dafür gebe es bei den Betroffenen unterschiedliche Gründe. Häufig gebe es einen Zusammenhang mit psychischen Auffälligkeiten. Die Beantragung von Arbeitslosengeld II werde gescheut, oder diejenigen seien mit der Antragstellung überfordert, wobei kein Kontakt zu Hilfesystemen mehr bestehe.

Die Kooperation mit der Stadt sei sehr gut. Seit vielen Jahren bestehe ein enger Kontakt insbesondere mit dem Bereich Obdachlosenhilfe, aber auch während der Geltungsdauer des BSHG mit dem Sozialdienst.

Punkerinnen und Punker seien weiterhin auf dem Meleghy-Gelände zu finden; diese Gruppe habe sich in gewisser Weise dort sesshaft gemacht. Zu einem Teil der Personen bestehe dadurch ein ziemlich regelmäßiger Kontakt, dass sie die Hilfeangebote des Netzwerkes nutzen. Sie seien obdachlos; wenn sie Leistungen der K-A-S beziehen, benötigen sie aber eine Postanschrift, die sie über das Netzwerk Wohnungsnot erhalten. Folge sei, dass diese Punker regelmäßig beim Netzwerk vorstellig würden, um nach Post zu fragen. Bei dieser Gelegenheit würden sie auch das Hilfsangebot des Netzwerkes nutzen. Diejenigen Punker, die einem 1 €-Job nachgehen, würden sich ausschließlich nach Post erkundigen.

Ihrem Eindruck nach wolle die Gruppe weiterhin nicht darauf verzichten, mit ihren Tieren zusammenzuwohnen und nehmen daher das Angebot der Stadt nach einer Unterbringung in Obdachlosenunterkünften nicht an.

Die Kooperation mit der Suchthilfe erfolge auf zwei Ebenen. Die Suchthilfe im Südkreis sei eine Einrichtung des Caritasverbandes, der einer der Träger des Netzwerkes sei. Auch einzelfallbezogen werde die Zusammenarbeit gesucht, wenn bekannt sei, dass bei einer Person die Suchtproblematik im Vordergrund stehe. Voraussetzung sei der Wunsch der Betroffenen nach Kontakten zur Suchthilfe.

Viele Klienten insbesondere in der Straßenszene hätten nicht den Wunsch, an dem Thema Sucht etwas zu tun, weil sie sich damit eingerichtet hätten oder substituiert werden und Beikonsum hätten. Über den Kontakt dieser Personen könne nur die Suchthilfe Auskunft geben.

Das Radwerk habe sich als sehr hilfreich für die Betroffenen herausgestellt. Die 12 Personen, die in der Straßenszene beheimatet sind und das Radwerk im letzten Jahr genutzt haben, würden nur selten auf Stufe 2 oder 3 der Maßnahme wechseln. Vielen Betroffenen reiche eine stundenweise Mitarbeit aus. Insofern sei die Vermittlung in weiterführende Beschäftigung bei dieser Personengruppe nicht das Thema und sei beim Radwerk auch nicht Hauptziel. Vielmehr gehe es um eine Vorbereitung auf weiterqualifizierende Maßnahmen. Ansatz sei, dass die Teilnehmer alltägliche Dinge lernen wie pünktliches Erscheinen, Duschen und Frühstücken vor der Arbeitsaufnahme u. ä. Dies bedeute für die Teilnehmer ein hartes Training.

Die Politik helfe sehr viel. Das Klima in Bergisch Gladbach sei gut. Es wurde nie versucht, die Betroffenen zu vertreiben. Dabei verweist sie auf das „Forum Obdachlo-

sigkeit“. Die Ausweisung bestimmter Aufenthaltsorte sei für alle Beteiligten sehr hilfreich. Auch die Entscheidung für das Radwerk sei eine gute Entscheidung. Wünschenswert sei eine bessere Personalausstattung für das Netzwerk mit derzeit nur 2,5 Stellen für einen Kreis mit acht Kommunen.

Eine Zusammenarbeit mit der „Tafel“ gebe es bisher nicht. Für die Frage eines Einsatzes von Obdachlosen in der „Tafel“ sei sie die falsche Ansprechpartnerin. Dies sei eine Entscheidung der „Tafel“. Ihr sei aber bekannt, dass andere Städte dies so praktizieren.

Herr Hastrich ergänzt, mit dem Vorstand der „Tafel“ wurde die Führung eines Gespräches mit allen Institutionen in Bergisch Gladbach vereinbart, für die die „Tafel“ von Bedeutung ist. Dieses Gespräch solle geführt werden, wenn die Räume in absehbarer Zeit nutzbar sind. Dazu gehöre selbstverständlich auch das Netzwerk.

Er gehe davon aus, dass zum Unterkunfts-konzept wohl im zweiten Halbjahr eine Vorlage gefertigt würde.

Das Olpener Modell gebe es so in Bergisch Gladbach nicht. Voraussetzung wäre, dass sich Ärzte in dieses Modell einbringen. Seines Wissens werde das Modell vom Engagement der Ärzte getragen.

Frau Becker macht auf die desolade gesundheitliche Situation vieler Betroffener aufmerksam. Viele ihrer Klienten können oder wollen die 10 € Eigenbeteiligung nicht aufbringen. Auch sei für viele Medikamente, die nicht mehr verschrieben würden und von den Patienten selbst gezahlt werden müssen, vielfach kein Geld vorhanden.

Gerade auch chronisch Kranke würden bei der regelmäßigen Einnahme ihrer Medikamente nachlässig. In gravierenden Fällen sei eine Unterstützung durch Beihilfen möglich. Die Möglichkeit sei aber aus finanziellen Gründen nur sehr beschränkt möglich.

Herr Hastrich bestätigt, dass in den Unterkünften keine Ansprechpartnerin zur Verfügung stehe. Es sei keine Stelle verfügbar. Allerdings arbeite in der vorbeugenden Obdachlosenhilfe eine Kollegin mit. Auch das Netzwerk verfüge über eine weibliche Fachkraft.

Er schlägt vor, den Jahresbericht 2006 vom Radwerk der Niederschrift beizufügen, damit sich die Ausschussmitglieder einen breiteren Überblick über die Aktivitäten machen können. (*Der Jahresbericht liegt als Anlage bei.*)

Frau Becker teilt mit, dass – soweit dies sinnvoll sei – teilweise zwei oder drei Ansprechpartner/innen unterwegs wären.

Herr Schnöring fragt nach der Zusammenarbeit mit der Psychiatrie und der Suchtklinik vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der Klientel des Netzwerkes aus diesem Bereich komme.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) verweist auf die Teilnahme eines Teils der Klientel am Substitutionsprogramm. Er fragt nach der Einbindung der Ärzte, die dieses Programm durchführen.

Er macht darauf aufmerksam, dass Suchtkrankheiten oft früh auftreten. Die meisten Klienten aus der Straßenszene seien suchtmittelabhängig. Daher sei ein starker Schwerpunkt auf die Suchtprophylaxe zu legen. Dies beinhalte eine möglichst frühe Aufklärung der Schüler und Schülerinnen. Kontraindiziert sei eine Werbeaktion einer stadtbekanntesten Diskothek mit einer Alkoholflatrate.

Herr Gerhards spricht die Unterbringung Obdach- bzw. Wohnungsloser mit Haustieren, überwiegend Hunden, an, die einen Schlafplatz suchen. Diese Obdachlosen würden nicht in städtische Unterkünfte aufgenommen.

Herr Bierganns hält es ebenfalls für sinnvoll, in den Notunterkünften eine Betreuerin einzusetzen. Außerdem weist er auf einen Zeitungsartikel mit dem Titel „Zu arm für ein Mittagessen“ hin.

Frau Winkels (SPD-Fraktion) verweist darauf, dass nur die besseren renovierten Unterkünfte besichtigt wurden. Ihre Fraktion begrüße, dass die Unterkünfte verkehrsgünstig angelegt werden, damit die Bewohner die Unterkünfte mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können.

Herr Kraus (CDU-Fraktion) verweist auf die Ausführungen der Vorlage zum Park der Villa Zanders. Er könne den Handel mit Drogen im öffentlichen Raum nicht gutheißen. In diesem Zusammenhang halte er die Ausführungen Herrn Schramms für kritisch. Sei die Polizei in diesem Bereich nur passiv, habe sie Recht mit der Aussage, dass nur noch eine geringe Zahl an Einsätzen erfolgt. Aus seiner Sicht fehle es an Aktivitäten der Polizei im Zusammenhang mit den Ordnungsbehörden, im Park gegen den Drogenkonsum und -handel vorzugehen.

Frau Becker erklärt, Fragen zu Thema „Sucht“ könne die Suchthilfe viel kompetenter beantworten. Soweit ihr davon erzählt würde, werde mit dem Gebrauch von Suchtmitteln sehr früh begonnen. Auch sie sei davon überzeugt, dass es sich bei der Suchtprophylaxe um ein sehr wichtiges Thema handle.

Über die bereits dargestellten Verbindungen des Netzwerkes zum Suchtsystem hinaus sei das Netzwerk Mitglied in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft und der Gesundheitskonferenz zum Thema Sucht. Die Zusammenarbeit mit der Psychiatrie sei weniger ausgeprägt. Nach ihren Erfahrungen hätten Wohnungslose mit psychischen Problemen fast nie Anbindungen an das Psychiatriesystem. Sie würden sich nicht als psychisch krank definieren. Häufig gebe es eine Koppelung von psychischen Auffälligkeiten und Suchtmittelabhängigkeit. Oftmals sei nicht klar, worin die Auffälligkeiten begründet wären. Es gebe immer wieder Klienten, die - oft nach einer Zwangseinweisung - im Evangelischen Krankenhaus stationär untergebracht würden. Über Vereinbarungen im Bereich der Substitution habe sie keine Kenntnisse.

Zur Frage, warum die Bewohner nicht in den Unterkünften putzen würden, verweist sie darauf, dass sie nicht gelernt hätten, adäquat mit Wohnraum umzugehen. Das habe auch zum Verlust des eigenen Wohnraums geführt und verhindere den Abschluss neuer Mietverträge. Komme eine ausgeprägte Suchtmittelabhängigkeit hinzu, fehle es an der Wahrnehmung eines Hygieneproblems. Das betreffe nicht nur die Umgebung, sondern auch die eigene Person. Gleiches gelte auch häufig bei psychischen Erkrankungen.

Im Radwerk, das auf 18 Monate angelegt sei, gebe es Erfolgserlebnisse. In den Stufen 2 und 3 seien diese andere als bei einer stundenweisen Beschäftigung in einer unverbindlichen Struktur. Es gelinge, die Teilnehmer allmählich an eine Tagesstruktur heranzuführen. Die wenigsten Teilnehmer würden die Maßnahme mit einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis beenden. Ein Teilnehmer habe eine Ausbildung angefangen, andere Teilnehmer konnten 1 €-Jobs annehmen. Einige Teilnehmer können an weiterqualifizierenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit teilnehmen oder 400,-€-Tätigkeiten aufnehmen. Es gibt auch Teilnehmer, die die Maßnahme ohne Anschluss beenden.

Herr Schramm verweist zu den Ausführungen Herrn Kraus' darauf, dass die Polizei dem Strafverfolgungszwang unterliege. Von Passivität könne daher keine Rede sein. In der Innenstadt gebe es zahlreiche polizeiliche Einsätze. Täglich sei die Polizei im Gebiet unterwegs. Die Fußgängerzone sei bis zur S-Bahn-Station als Angstraum erkannt. Der Bezirksdienst gehe regelmäßig mit den Stadtwächtern auf Streife und werde auch im Bereich des Rondellchens aktiv.

Derzeit laufe ein Präventionskonzept, in dem die Obdachlosen aber nur eine untergeordnete Rolle spielen. Wichtiger seien in diesem Zusammenhang jugendliche Straftäter, die in der Fußgängerzone tätig seien, sowie die angesprochene Diskothek.

Herr Schumann erinnert im Zusammenhang mit der im Bereich Hoppersheider Busch tätig gewordenen Anwältin an die durchgeführte Moderationsveranstaltung. Seitdem gab es keine weiteren Rückmeldungen oder Beschwerden. Die von der Stadt eingegangenen Vereinbarungen wurden eingehalten, insbesondere wurde die Belegung sehr gering gehalten. Es sei bekannt, dass auch nach Absprache mit der Polizei dort schwierige Personen untergebracht werden. Das Konzept habe sich bewährt.

Es werde versucht, über die Punker Informationen zu erlangen. Mit diesen wurden Gespräche geführt. Für die Unterbringung der Punker in Unterkünften sei die Mitnahme von Haustieren nur ein Aspekt. Die Forderungen der Punker gehen in die Richtung eines selbstverwalteten Hauses. In dieser Frage konnte keine Einigung erzielt werden, weil die Stadt keinen rechtsfreien Raum schaffen könne, für den sie dann verantwortlich sei.

Zur Frage der Hundehaltung verweist er darauf, dass bei den Punkern bestimmte Hunderassen beliebt seien. Ein generelles Einverständnis zur Hundehaltung in Unterkünften gebe es nirgendwo. Dies liege auch an der fehlenden Verantwortlichkeit der Hundehalter. Noch während der Unterbringung der Punker im Haus in der Straße Am Stockbrunnen gab es Schwierigkeiten mit den Hunden. U. a. habe es in der Nachbarschaft einige Verletzungen gegeben.

Die Frage einer verkehrsgünstigen Anbindung der Unterkünfte könne nur in Zusammenarbeit insbesondere mit dem Fachbereich Grundstückswirtschaft gelöst werden. Dies sei nicht immer so machbar. Nach seiner Beobachtung sei die Entfernung der Unterkünfte für die Bewohner kein Problem.

Herr Hastrich verweist darauf, dass für die Gesundheitshilfe der Kreis zuständig sei. Bei der Suchthilfe gebe es eine vernünftige Kooperation. Mit dem Abteilungsleiter der Caritas für den Suchtbereich sei ein Gesprächstermin beabsichtigt, in dem es auch um Wohnungslosigkeit gehe. Die Finanzierung der Suchtprävention werde voraussichtlich im nächsten Jugendhilfeausschuss behandelt.

Im Bereich der Psychiatrie sei die Kooperation durchgehend problematisch.

Zum Artikel „Zu arm für Mittagessen“ verweist er darauf, dass sich die Initiative des Katholikenrates speziell an Kinder richtet, die den Offenen Ganztage besuchen. Unabhängig von dieser Initiative suche der Fachbereich Jugend und Soziales nach einem Lösungsvorschlag zu diesem Thema. Er hoffe, rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen einen Vorschlag unterbreiten zu können, der möglichst keine zusätzlichen Mittel erfordert.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt die umfangreiche Diskussion zu diesem Thema und spricht sich dafür aus, dass Forum Obdachlosigkeit wieder zu beleben. Sie schlägt vor, im Herbst zu einem ersten Treffen zusammenzukommen; dazu würde sie einladen.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich bei Frau Becker und den Herren Schramm und Schumann für ihre Auskünfte.

<-@

7 **Bericht 2006 des Bedarfsermittlungsdienstes im Kundencenter Bergisch Gladbach**

@->

Herr Hastrich stellt Frau Wilke und Herrn Lamberz von der Bundesagentur für Arbeit vor, die den Bedarfsermittlungsdienst durchführen. Er erklärt auf Anfrage Herrn Dr. Bernhausers, der Bedarfsermittlungsdienst sei nicht eingerichtet worden, um seine Kosten zu decken. Vielmehr werde dem Gesetz genüge getan, in dem Sachverhalte aufgeklärt würden. Aus der Statistik sei ersichtlich, in wie vielen Fällen dies zu einer Änderung der Leistungsgewährung führe.

Herr Manderfeld verweist auf Anfrage Herrn Schnörings, die Frage einer Ankündigung des Hausbesuches richte sich nach dem Anlass des Hausbesuches. Eine Ankündigung erfolge, wenn es um eine Bedarfsfeststellung z. B. bei einem Antrag auf eine Ersteinrichtung gehe. Unangekündigte Hausbesuche erfolgen in der Regel, wenn sich die Antragsteller nicht auf den Hausbesuch vorbereiten können sollen, z. B., wenn es um eheähnliche Gemeinschaften geht.

Hilfsempfänger sind nicht verpflichtet, den Bedarfsermittlungsdienst in die Wohnung zu lassen. In der Praxis werde der Zutritt aber nur ganz selten verweigert. Wird der Zutritt verweigert, gehe dies nach Auffassung der Sozialgerichte wegen fehlender Mitwirkung zulasten der Hilfsempfänger. Dies führe im Einzelfall zur HilfeEinstellung.

Zur Frage von Frau Schöttler-Fuchs erklärt er, im Arbeitslosengeld I gebe es die Möglichkeit eines Zuverdienstes in Höhe von 165 €. Im Arbeitslosengeld II sei ein Betrag von bis zu 100 € anrechnungsfrei. Beträge über 100 € werden prozentual angerechnet. Diese Berechnung sei relativ kompliziert.

Frau Wilke und Herr Lamberz stellen sich vor und beschreiben ihre Tätigkeit.

Herr Schnöring erkennt an, dass die Durchführung der Hausbesuche nicht immer einfach sei. Sein Interesse geht dahin zu erfahren, welche Fortbildungen und kollegialen Hilfen es gebe.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf einen Pressebericht über Probleme von Hilfebeziehern bei der Anrechnung von Geldgeschenken für ihre Kinder anlässlich ihrer Erstkommunion. Nach seiner Auffassung handelt es sich dabei um Auswüchse.

Herr Manderfeld erklärt, solche Geldgeschenke würden in Bergisch Gladbach nicht überprüft.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich bei Herrn Manderfeld, Frau Wilke und Herrn Lamberz.

<-@

8 **Barrierefreies Wohnen in Bergisch Gladbach**

@->

Herr Lauten (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen) bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die verteilten Broschüren.

Herr Dr. Bernhauser möchte wissen, wie weit die Beratungsergebnisse der Zielvereinbarungskommission weiter bearbeitet wurden.

Dazu erklärt Herr Lauten, die Niederschrift über die Sitzung von Anfang Dezember habe erst spät vorgelegen. Der zuständige Sachbearbeiter für die Zielvereinbarungskommission habe die Dienste der Stadt Ende letzten Jahres verlassen. Inzwischen habe sich Stadtbaurat Schmickler bereiterklärt, die Geschäfte weiterzuführen. Für Anfang nächster Woche habe er einen Gesprächstermin mit Herrn Schmickler.

<-@

9 Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil

@->

Herr Schnöring

In Schwerte wurde die Zuständigkeit des Sozialausschusses insbesondere um den demographischen Wandel in der Stadt und die Frage ergänzt, welche Rolle sie in der Politik spielt oder spielen sollte. Diese Frage wurde für Bergisch Gladbach schon öfter von Herrn Dr. Bernhauser gestellt. Ich bitte die Verwaltung sich zu erkundigen, welche Erfahrungen die Stadt Schwerte damit gesammelt hat und wie sich die inhaltliche Situation darstellt. Wenn Schwerte positive Erfahrungen gesammelt hat, könne sich der Sozialausschuss ebenfalls damit befassen.

Herr Hastrich sagt zu, dies zu recherchieren. Das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Herr Dr. Bernhauser

1. Dem Protokoll des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 19.04.2007 habe ich unter TOP 7 entnommen, dass es im Zusammenhang mit Möbelgutscheinen Schwierigkeiten gibt. Das Möbellager von Skarabäus beklagt sich, dass Hilfeempfänger, die bei Skarabäus keine geeigneten Möbel finden, Bargeld oder geldwerte Gutscheine bekommen, um sich Möbel im Handel zu beschaffen. Skarabäus behauptet, im Grunde über ein gutes Angebot an funktionsfähigen und ansprechenden Möbeln zu verfügen.

Herr Manderfeld bestätigt, dass Beihilfen in der Regel bar gewährt werden und nur im Einzelfall Gutscheine („Kostenübernahmescheine“) ausgestellt werden. Dieser Gutschein kann sowohl bei Skarabäus als auch bei anderen Möbelhändlern eingelöst werden. Von Hilfeempfängern und Sachbearbeitern gibt es Rückmeldungen, dass Qualität und Preis der angebotenen Möbel nicht mehr angemessen wären.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf die Zusage Herrn Mumdeys aus der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, diese Frage auch im Hinblick auf die Zuständigkeit der Stadt zu klären. Die Frage wurde am 19.04. gestellt; nach einem Monat könne eine definitive Antwort vorliegen. Angesprochen sei die Zuständigkeit des Sozialausschusses, deshalb habe er die Frage nochmals gestellt.

Herr Hastrich verweist darauf, dass keine Zuständigkeit der Stadt vorliegt. Er wolle aber ein Gespräch mit der Geschäftsführung von Skarabäus mit dem Ziel führen, dass das Angebot von Skarabäus auch für die Bezieher von Sozialleistungen interessant ist und sich die Sozialleistungsempfänger die Möbel dort leisten können.

2. Ich komme auf den Artikel zurück, den Herr Bierganns zur Initiative des Kreiskatholikentages zum Mittagessen in der Offenen Ganztagschule zitiert hat. Wie

hoch ist der Betrag, der im Regelsatz nach SGB II für Kinder für die tägliche Verpflegung zur Verfügung steht? Wie hoch sind die in Bergisch Gladbach üblichen Kosten für das Mittagessen in der Offenen Ganztagschule? Wenn es zwischen diesen Angaben Differenzen gibt: Welche Ideen gibt es dazu? Herr Hastrich hat dazu bereits eine Idee genannt. Ich möchte dazu Zahlen erhoben haben, weil diese eindrucksvoll sein können.

Hierzu verweist Herr Hastrich auf seine Ausführungen, wonach diese Problematik derzeit abgearbeitet wird. Für den Jugendhilfeausschuss wird dazu eine Vorlage erstellt. Für die Vorlage würden die Anregungen dieser Anfrage berücksichtigt. Frau Schöttler-Fuchs berichtet, in Rösrath animiere der Bürgermeister dazu, an runden Geburtstagen Geld zu sammeln. Ihre Einrichtung habe auf diese Weise 660 € bekommen. Dieser Betrag reiche aus, um ein Kind ein ganzes Jahr mit Mittagessen zu versorgen.

3. Ein Kollege hat festgestellt, dass an verschiedenen Ampeln in Bergisch Gladbach der Signalton abgestellt ist. Das führt zu Schwierigkeiten für blinde und sehbehinderte Menschen, die Straße sicher zu überqueren. Ist das so? Wenn ja: Kann sofort Abhilfe geschaffen werden?

Herr Hastrich sagt zu, diese Anfrage an den zuständigen Fachbereich weiterzugeben.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.50 Uhr. <-@